

Brasilianische Staatsanwälte verklagen BYD wegen Arbeitsrechtsverletzungen

Brasilianische Staatsanwälte verklagen den chinesischen Autohersteller BYD wegen Menschenhandels und sklavenähnlicher Arbeitsbedingungen in einem neuen Werk. Höhere Strafen und Entschädigungen stehen im Raum.



Das brasilianische Arbeitsgericht hat am Dienstag eine Klage gegen den chinesischen Automobilhersteller BYD eingereicht. Es wird dem Unternehmen vorgeworfen, für Menschenhandel und „sklavereiähnliche Bedingungen“ für Arbeiter verantwortlich zu sein, die die Fabrik im größten Markt außerhalb Chinas errichten.

Klage und Schadensersatzforderungen

In der Klage fordert der Staatsanwalt insgesamt 257 Millionen

Reais (rund 45 Millionen USD) an immateriellem Schadenersatz von BYD sowie von zwei Auftragnehmern, JinJiang und Tecmonta. Zusätzlich wird eine individuelle Entschädigung für die betroffenen Arbeiter gefordert.

Einhalten von Arbeitsstandards

Die Staatsanwaltschaft hat zudem die Absicht, die Unternehmen zur Einhaltung verschiedener Arbeitsvorschriften zu zwingen und fordert eine Geldstrafe von 50.000 Reais für jedes Vergehen, multipliziert mit der Anzahl der betroffenen Arbeiter.

Reaktion von BYD

Als Reaktion auf die Anschuldigungen betonte BYD, dass das Unternehmen sich zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet fühle und die brasilianischen sowie internationalen Arbeitsstandards respektiere. In einer Erklärung erklärte das Unternehmen, dass es mit den Arbeitsbehörden kooperiere und auf die Klage in den Gerichtsunterlagen reagieren werde.

Zustand der Arbeiter

Im Dezember wurde berichtet, dass 220 chinesische Arbeiter, die von BYD-Auftragnehmern im brasilianischen Bundesstaat Bahia eingestellt wurden, unter „sklavereiähnlichen Bedingungen“ arbeiteten. Die Staatsanwaltschaft gab bekannt, dass diese Arbeiter ebenfalls Opfer internationaler Menschenhandel waren.

Verhandlungen und mögliche Einigung

Fabio Leal, ein stellvertretender Arbeitsstaatsanwalt, erklärte in einem Interview, dass die Gespräche mit den drei Unternehmen Ende Dezember begonnen hatten, jedoch ohne Einigung verliefen. Weitere Details zu den Gründen für das Scheitern der Verhandlungen wollte er nicht nennen.

Illegale Einreise und nicht erfüllte Versprechen

Leal stellte klar, dass die Arbeiter illegal nach Brasilien gebracht wurden und ihnen Arbeitsbedingungen versprochen worden seien, die nicht eingehalten wurden. Die chinesischen Arbeiter, die mittlerweile alle nach China zurückgekehrt sind, würden eventuelle Zahlungen aus der Klage dort erhalten, während die Unternehmen in Brasilien für den Nachweis der Zahlungen verantwortlich sind.

Ausblick auf ein mögliches Gerichtsverfahren

Leal fügte hinzu, dass eine Einigung nach wie vor möglich sei, allerdings jetzt durch das Gericht vermittelt werden müsse. „Unsere Klage ist sehr gut begründet, und es liegt eine erhebliche Menge an Beweisen aus dem Ermittlungsprozess vor“, betonte er abschließend.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)